

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs  
vom 4. Juli 2013 – Drucksache 15/3816**

**Denkschrift 2013 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des  
Landes Baden-Württemberg;  
hier: Beitrag Nr. 16 – Erhalt von Brücken an Landesstraßen**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013 zu Beitrag Nr. 16 – Drucksache 15/3816 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
  1. den Erhalt der Landesstraßen weiter entsprechend dem Bedarf zu stärken und den Erhalt der Ingenieurbauwerke zu intensivieren, das Erhaltungsmanagement für Brücken weiter auszubauen und einen mittelfristigen Investitionsrahmenplan aufzustellen;
  2. die Nachrechnung der Brücken zu beschleunigen;
  3. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2014 zu berichten.

05. 12. 2013

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Der Vorsitzende:

Karl Klein

## Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/3816 in seiner 39. Sitzung am 5. Dezember 2013. Als *Anlage* ist diesem Bericht eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum beigefügt.

Der Berichterstatter für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft trug vor, der Rechnungshof stelle in seinem Denkschriftbeitrag fest, dass sich die Brücken an Landesstraßen sowie das gesamte Straßennetz in einem schlechten Zustand befänden. Diese Feststellung decke sich mit der zahlreicher Bürger.

Weiter weise der Rechnungshof darauf hin, dass der Erhalt der Brücken seit vielen Jahren vernachlässigt worden sei. Starke Schäden hätten schon Tonnagebeschränkungen erforderlich gemacht. Zum Teil drohten sogar Vollsperrungen von Brücken.

Für den Erhalt von Brücken hätten bisher 10 bis 12 Millionen € jährlich zur Verfügung gestanden. Nach Einschätzung des Rechnungshofs würden für den funktionsfähigen Erhalt von Brücken jedoch mindestens 20 Millionen € benötigt.

Bei vielen Brücken genüge es nicht, den Status quo zu erhalten. Aufgrund gesteigerter Nutzungsanforderungen durch Verkehrszunahme und höhere Tonnagen sei die Tragfähigkeit unzureichend. Die Brücken mit einem potenziellen Tragfähigkeitsdefizit müssten schnellstmöglich statisch überprüft werden, um einen Gesamtüberblick über den Investitionsbedarf zu gewinnen.

Dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) schließe er sich voll an.

Ein Abgeordneter der Grünen betonte, wie sich nun auch anhand dieses Denkschriftbeitrags zeige, hätten die Vorgängerregierungen nicht nur die Landesstraßen, sondern insbesondere auch die Brücken „verlottern“ lassen. Die neue Regierungskoalition habe eine marode Infrastruktur übernommen. SPD und Grüne hätten seit Jahren auf die wichtige Aufgabe hingewiesen, Straßen und Brücken zu erhalten. Die Richtigkeit dieses Hinweises werde vom Rechnungshof jetzt dankenswerterweise deutlich bestätigt.

Die frühere, von CDU und FDP/DVP geführte Landesregierung habe in den letzten Jahren ihrer Amtszeit immer 50 Millionen € pro Jahr für den Erhalt von Landesstraßen in den Haushalt eingestellt. Vor der Landtagswahl 2011 habe sie plötzlich ein Konjunkturprogramm aufgelegt. Da hierfür bis zum Jahr 2014 Beträge zurückgezahlt werden müssten, belaste dieses Programm den Straßenbau noch heute.

Hingegen stelle die neue Regierungskoalition 2014 nochmals 25 Millionen € an frischem Geld bereit, um Straßen und Brücken in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen. Auch daran lasse sich erkennen, dass SPD und Grüne an einer guten Verkehrsinfrastruktur liege.

Ein Abgeordneter der SPD fügte hinzu, der Berichterstatter für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft habe darauf hingewiesen, der Rechnungshof und viele Bürger hätten erkannt, dass Straßen und Brücken marode seien. Zu dieser Erkenntnis seien CDU und FDP/DVP aber erst kurz vor der Landtagswahl gelangt, während Grüne und SPD über sie schon früher verfügt hätten. So habe die SPD bereits für die Haushaltsjahre 2006, 2007 und 2008 beantragt, die Mittel für den Erhalt der Landesstraßen zu erhöhen. Diese Anträge seien von CDU und FDP/DVP abgelehnt worden.

Grüne und SPD setzten ihre Erkenntnis in stetige Politik um. Dies ermögliche ein solides Verwaltungshandeln, was von den Bürgern geschätzt werde. Daher seien Grüne und SPD optimistisch, diese Art von Politik, die sich erheblich von der unterscheidet, die CDU und FDP/DVP betrieben, dauerhaft fortsetzen zu können.

Ein Abgeordneter der CDU entgegnete seinen beiden Vorrednern, mit dem im Jahr 2010 aufgelegten Landesinfrastrukturprogramm habe die Wirtschaft in einer Zeit negativer konjunktureller Entwicklung angekurbelt werden sollen. Im Hinblick auf dieses Ziel hätten CDU und FDP/DVP die Refinanzierung dieses Programms bewusst in die gegenwärtige Zeit verlegt. Wie die Zahlen ab dem Jahr 2010 zeigten, sei das angesprochene Ziel in Baden-Württemberg besser erreicht worden als in anderen Bundesländern. Insofern sei das Vorgehen der damaligen Regierungskoalition richtig und sinnvoll gewesen.

In den Jahren 2007 bis 2009 hätten CDU und FDP/DVP viele Anträge der SPD auf zusätzliche Mittel abgelehnt. Dies gehe darauf zurück, dass die damalige, schwarz-gelbe Koalition zur Finanzierung der betreffenden Anliegen im Gegensatz zur SPD keine neuen Schulden habe aufnehmen wollen. Dies stelle in der Tat einen erheblichen Unterschied dar. CDU und FDP/DVP seien mit Augenmaß vorgegangen. Jetzt hingegen bestünden unter Grün-Rot noch Ermächtigungen zur Aufnahme von Krediten in Milliardenhöhe. Von diesen Ermächtigungen sei bisher zwar kein Gebrauch gemacht worden, doch könnten sie jederzeit in Anspruch genommen werden.

Der Abgeordnete der Grünen erwiderte, es gebe auch nicht ausgewiesene Schulden. Der schlechte Zustand von Straßen und Brücken sei nicht erst innerhalb der letzten zwei Monate eingetreten, sondern schon seit einigen Jahren bekannt. Auch untersuche der Rechnungshof die Infrastruktur bereits seit Jahren.

Daraufhin stimmte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*), wie vom Vorsitzenden ohne Widerspruch festgestellt, einstimmig zu.

16. 01. 2014

Dr. Reinhard Löffler

**Anlage**

**Rechnungshof  
Baden-Württemberg**

**Denkschrift 2013  
Beitrag Nr. 16/Seite 117**

**Anregung**

**für eine Beschlussempfehlung  
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013 – Drucksache 15/3816**

**Denkschrift 2013 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung  
des Landes Baden-Württemberg;  
hier: Beitrag Nr. 16 – Erhalt von Brücken an Landesstraßen**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013 zu Beitrag Nr. 16 – Drucksache 15/3816 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
  1. den Erhalt der Landesstraßen weiter entsprechend dem Bedarf zu stärken und den Erhalt der Ingenieurbauwerke zu intensivieren, das Erhaltungsmanagement für Brücken weiter auszubauen und einen mittelfristigen Investitionsrahmenplan aufzustellen;
  2. die Nachrechnung der Brücken zu beschleunigen;
  3. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2014 zu berichten.

Karlsruhe, 27. September 2013

gez. Günter Kunz

gez. Armin-Hagen Berberich